

IDEA PRESSEDIENST

DIE NACHRICHTEN DES TAGES

NR. 053 14. MÄRZ 2022 WWW.IDEA-PRESSEDIENST.DE

INHALTSVERZEICHNIS

NACHRICHTEN	2
Ukrainischer Erzbischof: Für mich ist Putin „Antichrist“	2
Wischmeyer: Kirche muss friedensethische Positionen überdenken	3
Kriegstraumatisierte Kinder: Den Opfern helfen	3
ALfA: Kritik an Aussagen der pfälzischen Kirchenpräsidentin	4
Käßmann: Beschädigung russischer Geschäfte erinnert an Nazidiktatur	5
Forderung: Gebühren für Kirchenaustritt in Dresden streichen	5
Hessen-Nassau beschließt Gebäudereform	6
Die Ausstrahlung der Kirche verbessern	7
Seit 30 Jahren fährt das Bibelmobil durch Deutschland	8
US-Evangelikale: „Endzeit-Index“ erreicht Höchststand	9
Iran: Neun verurteilte Christen freigesprochen	10
Israel und die Endzeit	11
30 Jahre Gebet haben in der islamischen Welt Segen bewirkt	12

Herausgeber: IDEA e.V. Evangelische Nachrichtenagentur
Vorstand: Helmut Matthies (Vors.), Johannes Holmer, Annegret Adamczak, Heiner Henny, Dr. Hans-Jörg Naumer, Gerhard Peter, Martin Scheuermann, Dr. Reinhardt Schink
Gesamtleitung: Matthias Pankau
Redaktion: Daniela Städter (Leiterin), Christian Starke, Karsten Huhn

Bayern: Romy Schneider
Hessen: Klaus Rösler
Nord: Klaus Rösler
Ost: Thomas Richter
Südwest: Daniel Scholaster
West: Dr. David Wengenroth

Erscheinungsweise: täglich
Anschrift: Postfach 1820
35528 Wetzlar
Telefon: 06441 915-0
idea@idea.de
www.idea.de

NACHRICHTEN

Ukrainischer Erzbischof: Für mich ist Putin „Antichrist“

„Er ist wie Hitler, Stalin völlig gottlos“ – Auch Kirchen werden beschossen

Berlin/Kiew (IDEA) – Als „Antichrist“ hat der Sprecher der Orthodoxen Kirche der Ukraine, Erzbischof Evstratiy, den russischen Präsidenten Wladimir Putin bezeichnet. Er sei „nicht der endgültige, den wir aus der Apokalypse im Buch des Evangeliums kennen. Aber er ist wie Hitler, Stalin völlig gottlos“, sagte der Erzbischof für die Städte Tschernihiw und Nischyn in einem Interview mit der „Welt“ (online veröffentlicht am 13. März). Auf die Frage, ob die Kirche Putin angesichts der Kriegsverbrechen in der Ukraine exkommunizieren könnte, antwortete Evstratiy: „Wir haben darüber nachgedacht. Aber Exkommunikation ist gegen Häresie, nicht gegen Kriegsverbrechen, wie sie Putin begangen hat.“ Dem Erzbischof zufolge können in den umkämpften Gebieten wegen der Kampfhandlungen keine Beerdigungen stattfinden. Oft werde nur ein Loch ausgehoben und die Toten würden hineingelegt – ohne jede Zeremonie. Priester berichteten, dass Leichen von Zivilisten auf der Straße lägen und sich niemand darum kümmere. Evstratiy: „Die Menschen befinden sich in der Hölle.“ Wenn die Ukraine den Sieg erringe, dann werde die Kirche die Opfer mit allem Respekt begraben. Der geistliche Würdenträger bestätigte, dass auch Kirchen beschossen werden, obwohl sie als Schutzräume dienen: „Aber das interessiert die Russen nicht. Sie nehmen auf religiöse Orte keine Rücksicht und bombardieren auch Krankenhäuser.“ Er verwies auf den Luftangriff auf eine Entbindungsstation in Mariupol. „Sie kennen keine Moral.“ Nach seinen Angaben sind auch Gemeindeglieder getötet worden, nachdem sie nach der Messe die Kirche verlassen hätten. Zur Frage, ob es Kontakte zur Russischen Orthodoxen Kirche gebe, sagte er: „Nein, die wollen nicht kommunizieren. Sie sitzen stumm und warten ab. Es gibt keinen Willen, etwas gegen die Invasion zu tun.“

Ukrainischer Militärg Geistlicher getötet

Am Abend des 13. März teilte die Orthodoxe Kirche der Ukraine auf Facebook mit, dass die russische Armee einen ukrainischen Militärg Geistlichen getötet habe. Es handle sich um den Ordensmann Platon Morgunow. Er sei in der umkämpften Stadt Wolnowacha in der Ostukraine ums Leben gekommen. In den ukrainischen Streitkräften sind rund 100 Militärg Geistlicher verschiedener Kirchen tätig. Nach Angaben der Orthodoxen Kirche der Ukraine war bereits Anfang März ein Priester in einem Dorf etwa 80 Kilometer nordwestlich von Kiew von einem russischen Soldaten erschossen worden. Der Geistliche habe ein Priestergewand getragen. Bei einem Luftangriff auf die ostukrainische Stadt Swjatohirsk wurde das dortige Himmelfahrtskloster in der Nacht zum 13. März getroffen. Nach dessen Angaben gab es mehrere Verletzte. Das Kloster, das zur ukrainisch-orthodoxen Kirche des Moskauer Patriarchats gehört, beherbergt über 500 Flüchtlinge. Laut ukrainischer Medien handelte es sich um einen russischen Angriff.

— IDEA 14.03.2022

Wischmeyer: Kirche muss friedensethische Positionen überdenken

EKD-Abteilungsleiter: Der Krieg hat die Kirche „auf dem falschen Fuß erwischt“

Hannover (IDEA) – Die evangelische Kirche muss ihre friedensethischen Positionen überdenken. Diese Ansicht vertritt der Leiter der Abteilung „Kirchliche Handlungsfelder“ im Kirchenamt der EKD, Johannes Wischmeyer (Hannover), in der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung (Ausgabe 14. März). Der Krieg in der Ukraine habe die Kirche „auf dem falschen Fuß erwischt“, schreibt der Theologe in einem Gastbeitrag. In der Vergangenheit habe sie vor allem den Vorrang von Gewaltlosigkeit und zivilen Konfliktlösungen betont. Es stelle sich die Frage, ob sie damit „noch die richtigen Ziele im Blick hat“. Die Aufgabe der Kirche sei jetzt, eine „eigene Sprache“ zu finden, „die unauflösbare Dilemmasituationen nicht wegargumentiert, sondern auf den Punkt bringt, die Leidens- und Mitleidenserfahrungen aufnimmt und die sich nicht scheut, das Böse böse zu nennen“. Dabei gehe es aber nicht darum, vorschnell eine „Zeitenwende“ auszurufen. „Bis eine Tonlage gefunden wird, die in der neuen Situation trägt und die den Ängsten und Hoffnungen in der Gesellschaft gerecht wird, darf ruhig etwas Zeit vergehen“, so Wischmeyer. Wichtig sei gegenwärtig, dass Christen für den Frieden beteten. Außerdem sollten sie den Menschen in der Ukraine und den Kriegsflüchtlingen tatkräftig zur Seite stehen. Auf weitergehende politische Botschaften könne die evangelische Kirche dabei „getrost einmal verzichten“.

— IDEA 14.03.2022

Kriegstraumatisierte Kinder: Den Opfern helfen

Leyla-Trauma-Projekt will seine Erfahrungen aus dem Nahen Osten weitergeben

Hannover (IDEA) – Eine christliche Initiative in Hannover will ihre Erfahrungen aus der Traumatherapie im Nahen Osten nun auch Kindern aus der Ukraine anbieten. Das teilte einer der Initiatoren des Leyla-Projektes (arabisch/hebräisch für Nacht), der Pastor und Therapeut Michael Borkowski, der Evangelischen Nachrichtenagentur IDEA mit. Es mache ihn wütend, dass gerade Kinder in Kriegen immer wieder traumatisiert würden. Dabei spiele es keine Rolle, ob die Bomben im Nahen Osten oder nun im Ukraine-Krieg fielen. Das vor einem dreiviertel Jahr gestartete Projekt hat nach den Worten von Borkowski gute Erfahrungen damit gemacht, die Mütter der Kinder zu schulen, einfühlsam mit ihren Kindern umzugehen. Vereinzelt hätten Kinder in Folge ihrer seelischen Verletzungen aufgehört zu sprechen. Die inzwischen gewonnenen Erkenntnisse könne man auch an Müttern aus der Ukraine weitergeben, die nach Deutschland geflohen seien.

Hilfe für 70 Mütter

Bisher unterstützt das Leyla-Projekt gemeinsam mit der libanesischen Hilfsorganisation Ithraa (Beirut) zwei Trauma-Projekte im Libanon und in Jordanien unter Flüchtlingskindern aus Syrien. Dort leben über eine Million Kinder in Flüchtlingslagern. Zunächst wurden zwölf Frauen zu Traumaberaterinnen ausgebildet, die inzwischen begonnen haben, 40 Mütter in Jordanien und 30 im Libanon zu schulen. Organisatorisch ist das Projekt bei den beiden Flüchtlingswohnheimen der freikirchlichen „Gemeinde am Döhrener Turm“ in Hannover angesiedelt. Dort gibt es 248 Plätze für Flüchtlinge. Wie die Leiterin dieses Arbeitszweiges der Baptistengemeinde, Irene Wegener, mitteilte, werden aktuell im Kindergarten der Flüchtlingswohnheime acht Kinder aus Afghanistan, Syrien und Nigeria zwischen drei und fünf Jahren betreut. Zu den Mitinitiatoren des Projektes gehört die an der Universität Hildesheim tätige Psychologin und Psychotherapeutin für Jugendliche, Ann-Kathrin Brockmann. Sie hatte 2020 ein Flüchtlingslager in Jordanien besucht und war erschüttert vom Ausmaß des Elends.

— IDEA 14.03.2022

ALfA: Kritik an Aussagen der pfälzischen Kirchenpräsidentin

Dorothee Wüst hatte den Wegfall des Werbeverbots für Abtreibungen begrüßt

Fulda (IDEA) – Die Lebensrechtsorganisation „Aktion Lebensrecht für alle“ (ALfA) kritisiert die Äußerungen der pfälzischen Kirchenpräsidentin Dorothee Wüst (Speyer) zur geplanten Aufhebung des Werbeverbots für Abtreibungen. Wüst und die Leiterin des Referats Offene Sozialarbeit der pfälzischen Diakonie, Tanja Gambino, hatten die Aufhebung begrüßt und die Sorge, dass das zu einer Banalisierung von vorgeburtlichen Kindstötungen führen könne, als unbegründet bezeichnet. Die Vorsitzende von ALfA, Cornelia Kaminski (Fulda), warf den beiden vor, dass sie dadurch „vollumfänglich das Narrativ“ der Abtreibungslobby übernommen hätten. Es sei grundsätzlich noch nie untersagt gewesen, „über Abtreibungsmethoden zu informieren. Im Gesetzestext ist an keiner Stelle von einem Informationsverbot die Rede, lediglich von einem Verbot der Werbung für Abtreibung.“ Fachlich und sachlich korrekte Informationen müssten allerdings „die unschöne Tatsache beinhalten, dass bei einer Abtreibung kein Schwangerschaftsgewebe, sondern ein kleiner Mensch abgesaugt und getötet wird“. Über Risiken, Nebenwirkungen und mögliche Komplikationen, insbesondere aber auch psychische Spätfolgen einer Abtreibung müsse ebenso informiert werden. Leider sei damit zu rechnen, dass diese Hinweise auf den Seiten der Abtreibungspraxen vergeblich gesucht würden. Das habe der Fall der Gießener Ärztin **Kristina Hänel** gezeigt. „Wer eine Dienstleistung dergestalt beschönigt darstellt, betreibt keine Information, sondern Werbung.“

Abtreibungen sind in Deutschland nicht legal

Das Verbot der Werbung für Abtreibungen ergebe sich zwangsläufig aus der Tatsache, dass sie in Deutschland nicht erlaubt seien, sondern lediglich unter bestimmten Umständen straffrei. „Vergessen wir doch bitte nicht, dass jede Abtreibung ein Menschenleben unwiederbringlich beendet und der Staat einen Schutzauftrag für dieses ungeborene Leben hat. Wie kann man es da ernsthaft begrüßen, wenn für diese Tötungshandlung geworben werden darf? Und wie kann man ernsthaft davon ausgehen, dass das Verbot der Abtreibung aufrechterhalten wird, wenn Abtreibungen aber beworben werden dürfen?“ Die Abschaffung des Werbeverbots diene „selbstverständlich“ dazu, dass Abtreibungen weiter banalisiert werden. „Es ist schon sehr erstaunlich, dass ausgerechnet führende Vertreterinnen der Diakonie daran keinen Gedanken verschwenden, und stattdessen die leider nicht belegte Aussage wiederholen, keine Frau mache sich eine Abtreibung leicht.“ Das dürfe angesichts der hohen Abtreibungszahlen in Deutschland durchaus bezweifelt werden. Außerdem erleichtere der Staat durch eine Aufhebung des Werbeverbots die Entscheidung für eine Abtreibung deutlich.

Die bekanntesten Abtreibungsärzte sind gar keine Gynäkologen

Es sei kein Zufall, so Kaminski, dass Deutschlands bekannteste Abtreibungsärzte keine Gynäkologen seien und insofern „wohl einfach keine Ahnung davon haben, wie wunderbar sich das ungeborene Kind im Mutterleib schon in den ersten Wochen entwickelt. Wenn diese Ärzte die abtreibungswilligen Frauen vollumfänglich informieren würden, würde die Zahl der Abtreibungen wahrscheinlich tatsächlich drastisch sinken.“ Der erste Schritt zur Erreichung dieses Ziels dürfe jedoch nicht in einer Aufhebung des Werbeverbots für Abtreibungen bestehen. Tatsächlich müsse es auch um das gehen, was die pfälzische Kirchenpräsidentin leider erst als nächsten Schritt ansehe: Es müssten Bedingungen hergestellt werden, die es Frauen erleichterten, ihr Kind auch unter widrigen Umständen auszutragen.

— IDEA 14.03.2022

Käßmann: Beschädigung russischer Geschäfte erinnert an Nazidiktatur

Die frühere EKD-Ratsvorsitzende warnt vor Russenfeindlichkeit

Hannover (IDEA) – Die frühere EKD-Ratsvorsitzende, Margot Käßmann (Hannover), hat vor einer um sich greifenden Russenfeindlichkeit in Deutschland gewarnt. In ihrer Kolumne in der „Bild am Sonntag“ (Ausgabe 6. März) schrieb sie dazu: „Wir sind alle schockiert, über die Bilder aus der Ukraine. Aber das darf nicht dazu führen, dass es hier zu Hass auf Menschen kommt, die aus Russland stammen. Dass Kinder drangsaliert werden und Restaurants keine russischen Gäste bewirten wollen, geht gar nicht. Und wenn Geschäfte, die russische Waren verkaufen, beschmiert oder beschädigt werden, erinnert das an die Nazidiktatur.“ Sie freue sich über die Solidarität mit der Ukraine und über die Hilfsbereitschaft, die überall in Deutschland gezeigt werde. Sie erhalte aber einen „schalen Beigeschmack“, wenn sie dazu führe, dass aus Russland stammende Menschen oder russische Staatsbürger, die in Deutschland leben, angegriffen würden. Stattdessen solle man in Frieden miteinander zu leben versuchen. „Das ist Widerstand gegen die Versuche, Völker gegeneinander auszuspielen.“

— IDEA 14.03.2022

Forderung: Gebühren für Kirchenaustritt in Dresden streichen

Kommunalpolitiker der Linken: Verwaltungskosten sind unverhältnismäßig hoch

Dresden (IDEA) – Der Dresdner Kommunalpolitiker Christopher Colditz („Die Linke“) fordert, die Verwaltungsgebühren für den Kirchenaustritt abzuschaffen. Der 29-Jährige ist Mitglied im Stadtrat der sächsischen Landeshauptstadt. Er hatte eine schriftliche Anfrage an die Stadtverwaltung gerichtet. Aus der Antwort geht hervor, dass die Stadt im vergangenen Jahr 51.700 Euro an Verwaltungsgebühren für den Kirchenaustritt eingenommen hat. Die Zahl der Austritte aus der sächsischen Landeskirche und dem (katholischen) Bistum Dresden-Meißen lag 2021 in der Stadt bei 2.068. Zum Vergleich: Zehn Jahre zuvor betragen die Einnahmen 20.581 Euro bei 1.013 Austritten. Laut dem städtischen Schreiben sind für die Beurkundung des mündlichen Kirchenaustritts beim Standesamt 25 Euro fällig. Für eine Bescheinigung hierfür – sofern erwünscht – sind zehn Euro fällig. Zudem kostet eine Bescheinigung über den schriftlichen Kirchenaustritt weitere 25 Euro und die Löschung der Religionszugehörigkeit aus dem Eheregister zehn Euro. In einer Pressemitteilung kritisiert Colditz die „unverhältnismäßig hohen Verwaltungskosten“. Nach seiner Ansicht gehen diese über die Deckung des Verwaltungsaufwandes hinaus. Colditz: „Persönlich bin ich der Auffassung, dass die Gebühr gänzlich gestrichen werden kann, das entlastet vor allem die betroffenen Bürger*innen – die teils unfreiwillig in die Kirche ‚hineingeboren‘ wurden.“ Ein Pressesprecher der Stadt Dresden teilte der Evangelischen Nachrichtenagentur IDEA auf Anfrage mit, dass die Gebühren sich nach dem Sächsischen Verwaltungskostengesetz richten und für den gesamten Freistaat Sachsen gelten: „Der Stadt Dresden obliegt es demnach nicht, sich zur festgesetzten Gebührenhöhe zu positionieren.“

— IDEA 14.03.2022

Hessen-Nassau beschließt Gebäudereform

Ziel: Viele Gebäude künftig gemeinsam mit Katholiken und Kommunen nutzen

Darmstadt (IDEA) – Die Evangelische Kirche in Hessen und Nassau (EKHN) hat eine umfassende Gebäudereform beschlossen. Im Rahmen ihres Zukunftsprojektes „ekhn2030“ will sie bei ihren etwa 4.000 Gebäuden künftig mindestens zehn Millionen Euro pro Jahr einsparen. Das beschloss die Synode der Kirche, die am 12. März digital tagte, nach einer Debatte mit 77 Ja-Stimmen bei 41 Gegenstimmen und sechs Enthaltungen. Einem neuen „Kirchengesetz zum qualitativen Konzentrationsprozess“ zufolge sollen künftig Versammlungsräume gemeinsam mit Kommunen, der katholischen Kirche oder zivilgesellschaftlichen Organisationen genutzt werden. Außerdem sollen alle Gebäude klimaneutral werden. Nur moderate Änderungen sind dagegen bei den rund 1.200 Kirchengebäuden vorgesehen. 90 Prozent stehen unter Denkmalschutz. Die Kirchenleitung erwartet, dass sich die Zahl der Kirchengebäude um maximal zehn Prozent bis zum nächsten Jahrzehnt verringern wird.

Arbeit in regionalen Teams für Geistliche, Musiker und Pädagogen

Darüber hinaus hat sich die Synode für die Schaffung von sogenannten Nachbarschaftsräumen ausgesprochen. In ihnen soll die Arbeit der Geistlichen, Kirchenmusiker und Gemeindepädagogen künftig in regionalen Teams geregelt werden. Einem Modell zufolge sollen etwa 3.000 bis 6.000 Gemeindeglieder in einem solchen Nachbarschaftsraum zusammengefasst werden.

Hilfspaket über eine Million Euro für Ukraine-Flüchtlinge

Ferner brachte die Synode ein Hilfspaket für Flüchtlinge aus der Ukraine in Höhe von über einer Million Euro auf den Weg. Mit dem Geld soll die Beratung, Begleitung und Betreuung von Geflüchteten auf dem EKHN-Gebiet verstärkt werden. Kirchenpräsident Volker Jung (Darmstadt) bot den Landesregierungen in Hessen und Rheinland-Pfalz sowie den Landkreisen und Kommunen die Unterstützung der Kirche an: „Kommen Sie auf uns zu, wenn Sie Bedarf sehen und die Möglichkeit, dass wir mit kirchlichen Räumen helfen können.“

Appell an Patriarch Kyrill: „Kehren Sie um!“

Scharfe Kritik übte Jung ferner an der Haltung des Oberhauptes der russisch-orthodoxen Kirche, Patriarch Kyrill I., zum Ukraine-Krieg. Kyrill hatte den Krieg gerechtfertigt und unter anderem mit dem Schutz vor Homosexualität begründet. Jung appellierte an Kyrill: „Bruder Kyrill, kehren Sie um! Wir warten auf Ihr Nein zu diesem Krieg!“

— IDEA 14.03.2022

Die Ausstrahlung der Kirche verbessern

Kurhessen-Waldeck stellt Gemeinden eine Million Euro für Projekte bereit

Kassel (IDEA) – Die Evangelische Kirche von Kurhessen-Waldeck (EKKW) stellt Gemeinden eine Million Euro für Projekte bereit, die gute Erfahrungen mit der Kirche ermöglichen sollen. Das bestätigte die Verantwortliche für die Initiative, Oberlandeskirchenrätin Gudrun Neebe (Kassel), gegenüber der Evangelischen Nachrichtenagentur IDEA. Einzige Voraussetzung für die Antragsteller: Das Vorhaben muss einen inhaltlichen, räumlichen oder organisatorischen Bezug zur Landeskirche aufweisen. Neebe verwies als Beispiel auf das Projekt „Spiel(t)raum“ in der 2013 entwidmeten Herrenwaldkirche in Stadtallendorf. Sie wird zu einer Spielkirche umgebaut, um Kindern durch das gemeinsame Spiel einen neuen Zugang zum christlichen Glauben zu ermöglichen. Neebe zufolge ist es auch denkbar, dass eine Kirchengemeinde Senioren dabei hilft, ihre Gartenarbeit zu erledigen. Förderungsfähig seien auch Aktivitäten, die darauf abzielten, „ein Kirchengebäude breiter zu nutzen“, etwa durch religions- oder sozialpädagogische Projekte. Neebe: „Uns geht es darum, ‚Kontaktflächen‘ für neue Zielgruppen zu schaffen.“

Angesiedelt im Reformprozess „Kirche bewegt“

Das Vorhaben ist laut Neebe im Rahmen des 2021 gestarteten Reformprozesses „Kirche bewegt“ angesiedelt. Eine Reaktion auf die neue kirchliche Mitgliederstatistik sei das Projekt nicht. Die EKKW hatte am 9. März mitgeteilt, dass sie 2021 im Vergleich zum Vorjahr rund 17.600 Kirchenmitglieder (-2,3 Prozent) verloren hat. Neebe zufolge ist es wichtig, dass das Vorhaben neue Kontakte zur Kirche erschließt, kooperativ angelegt ist, die kirchliche Ausstrahlung fördert, ökonomisch, ökologisch und sozial nachhaltig ist sowie zum haupt- und ehrenamtlichen Engagement motiviert. Solche Projekte könnten fünf Jahre lang unterstützt werden. Entsprechende Anträge können zum 30. April und zum 30. August eingereicht werden.

— IDEA 14.03.2022

Seit 30 Jahren fährt das Bibelmobil durch Deutschland

Über 640.000 Menschen haben die rollende Bibelausstellung seither besucht

Görlitz (IDEA) – Das Bibelmobil feiert in diesem Jahr sein 30-jähriges Bestehen. Die rollende Bibelausstellung kam im Februar 1992 beim ökumenischen „Jahr mit der Bibel“ erstmals zum Einsatz. Seither wurden drei Doppelstockbusse genutzt. Wie der Bibelmobil-Referent Andreas Schmidt der Evangelischen Nachrichtenagentur IDEA sagte, haben seither 640.828 Personen das Bibelmobil besucht. An 2.844 Einsatztagen habe man 31.880 Veranstaltungen in über 1.000 Orten durchgeführt, darunter auch in den Ländern Polen, Rumänien, Tschechien und Ungarn. Schmidt äußerte sich dankbar dafür, dass es immer wieder einen Weg gegeben habe, das Projekt weiterzuführen. Besonders herausfordernd sei für ihn und seine persönliche Lebensplanung die „fortwährende Planungsunsicherheit“ gewesen. Dreimal habe er fast seine Anstellung als Referent verloren, weil das Projekt zu Ende schien: „Die Sachen, die Gott plant, sind oft auf Kante genäht – funktionieren aber. Ein bisschen Vertrauen ist da hilfreich.“

Über 49.000 Drucke auf der Gutenberg-Pressen

Im Unterdeck des Doppelstockbusses befinden sich unter anderem eine Ausstellung zur Entstehung der Bibel und ein Buchladen. Das Oberdeck beherbergt zwei multimediale Unterrichts- bzw. Gesprächsräume. Ein weiteres Element ist die historische Gutenberg-Druckerpresse. Schmidt zufolge wurden hier in den vergangenen zehn Jahren 49.958 Blätter mit Bibelversen gedruckt. Das ökumenische Angebot des Bibelmobils richtet sich insbesondere an Schulklassen, Gemeinden und Kirchendistanzierte. Es soll die Relevanz der Bibel für die Gesellschaft und das persönliche Leben aufzeigen. Für die Zukunft hofft Schmidt auf einen neuen Doppelstockbus und dass „Gott begabte Mitarbeiter beruft“. Aktuell werden **Spenden** für ein neues Fahrzeug gesammelt, da der jetzige Bus wegen Rosts und altersbedingten Verschleißes nicht mehr lange fahrtüchtig sein werde. Knapp 250.000 Euro werden für die Neuanschaffung benötigt. Das Bibelmobil hat zwei hauptamtliche Mitarbeiter angestellt, ein weiterer wird gesucht. Der Vorsitzende des Trägervereins „BibelMobil“ (Görlitz) ist der ehemalige leitende Referent im CVJM Schlesische Oberlausitz, Thomas Brendel.

— IDEA 14.03.2022

US-Evangelikale: „Endzeit-Index“ erreicht Höchststand

Publizist: Wiederkunft Jesu steht unmittelbar bevor

New York (IDEA) – Der von evangelikalen Christen in den USA betriebene „Endzeit-Index“ hat zwei Wochen nach dem Einmarsch Russlands in die Ukraine einen Höchststand erreicht. Er steht zur Zeit bei dem Wert 187. Die entsprechende Internetseite raptureready.com wurde 1995 von dem Publizisten Todd Strandberg (New York) gegründet. Er ist davon überzeugt, dass das in der Bibel vorausgesagte zweite Kommen von Jesus Christus unmittelbar bevorsteht und Christen dabei direkt in den Himmel aufgenommen werden. Die Internetseite kommentiert weltweite Ereignisse, von denen Strandberg glaubt, dass sie in der Bibel vorhergesagt wurden. Danach berechnet er den aktuellen Entrückungswert (rapture). Erreicht diese Zahl die Marke 200, kommt Jesus Christus wieder, ist Strandberg überzeugt. Nach den Terroranschlägen vom 11. September 2001 stand der Index schon einmal bei 182 Punkten. Zuletzt ließen Naturkatastrophen und die Covid-19-Pandemie aus seiner Sicht den Endzeit-Kurs steigen.

Pat Robertson: Putins Handeln führt zur Schlacht um Israel

Der Gründer des „Christian Broadcasting Network“ CBN, der Fernsehevangelist Pat Robertson (Virginia Beach), sieht im Ukraine-Krieg einen göttlichen Plan. Russlands Präsident Wladimir Putin fühle sich „durch Gott berufen“, die Ukraine anzugreifen. Sein Handeln werde zu der Endschlacht um Israel führen, sagte der 91-Jährige in der CBN-Sendung „The 700 Club“. Zur Begründung verwies er auf das alttestamentliche Buch Hesekiel.

Megakirchenpastor: „Gott kontrolliert unsere Geschieke“

Ähnlich äußerte sich auch Pastor Greg Laurie (Riverside/US-Bundesstaat Kalifornien), der zum Beraterkreis des früheren US-Präsidenten Donald Trump gehörte. Nachdem der leitende Geistliche der Megakirche „Harvest Christian Fellowship“ (Christliche Erntegemeinschaft) eine Covid-Infektion überstanden hat, glaubt er nun, „dass wir in den letzten Tagen leben“. Er sei fest davon überzeugt, „dass Jesus Christus jeden Moment wiederkommen kann“, schrieb er auf Facebook. Die Pandemie und auch der Ukraine-Krieg seien „prophetisch bedeutsam“. Laurie gab den Tipp: „Wir sollten in den Himmel schauen und uns daran erinnern, dass Gott unsere Geschieke kontrolliert.“

— IDEA 14.03.2022

Iran: Neun verurteilte Christen freigesprochen

Pastor Matthias Haghnejad muss jedoch weiter in Haft bleiben

Teheran (IDEA) – Ein Teheraner Berufungsgericht hat neun bereits verurteilte Christen am 28. Februar von allen Anklagepunkten freigesprochen. Das berichtet die Menschenrechtsorganisation „Article18“ (Artikel18/London). In der Urteilsbegründung führten die Richter aus, dass die Mitgliedschaft in einer Hauskirche keine „Gefährdung der nationalen Sicherheit“ darstelle. Dieser Vorwurf wurde in der Vergangenheit häufig gegen christliche Konvertiten vorgebracht. Bei den Freigesprochenen handelt es sich um Khalil Dehghanpour, Hossein Kadivar, Kamal Naamanian, Mohammad Vafadar, Shahrooz Eslamdoust, Babak Hosseinzadeh, Mehdi Khatibi, Behnam Akhlaghi sowie Pastor Matthias Haghnejad, der allerdings wegen einer anderen Anklage weiterhin in Haft bleiben muss. **Haghnejad** war bereits zweimal von der Internationalen Gesellschaft für Menschenrechte (IGFM/Frankfurt am Main) und der Evangelischen Nachrichtenagentur IDEA als „Gefangener des Monats“ benannt worden. Die übrigen acht Freigesprochenen wurden zwar aus der Haft entlassen, gegen zwei von ihnen liegen allerdings bereits andere Anklagen vor. Es handelt sich bei allen neun Christen um Konvertiten, die der evangelikalen „Kirche des Iran“ angehören. Die Männer waren im Oktober 2019 wegen „Gefährdung der nationalen Sicherheit“ und „Mitgliedschaft in einer Hauskirche“ zu fünf Jahren Haft verurteilt worden. Ende November 2021 ordnete der Oberste Gerichtshof überraschend eine Überprüfung ihres Falles an, da man festgestellt habe, dass die Männer keine Straftat begangen hätten.

Menschenrechtler: Ein erstaunliches Urteil

Die Richter betonten, dass es nur „unzureichende Beweise“ für die angeblichen Verbrechen der Angeklagten gebe. In ihrem Urteil griffen sie laut „Article18“ die Argumentation der Verteidigung auf, wonach die neun Männer lediglich „in Übereinstimmung mit den Lehren des Christentums“ an Treffen der Hauskirche teilgenommen hätten. Als Christen seien sie zudem gelehrt worden, den Behörden zu gehorchen und sie zu unterstützen. Der Leiter der Rechtsabteilung von „Article18“, Mansour Borji, begrüßte die Entscheidung der Richter: „Dieses Urteil ist anders als alle anderen seiner Art, die ich gesehen habe, da die Richter sich sehr viel Zeit genommen haben, um ihr Urteil zu erläutern, indem sie neun verschiedene Gründe aufgezählt haben, die auf der Verfassung, den Rechtsprinzipien, den gesetzlichen Bestimmungen und der islamischen Tradition beruhen.“ Es sei jedoch verfrüht, daraus einen Kurswechsel des iranischen Staates im Umgang mit Christen und dem Thema Religionsfreiheit abzuleiten. Fast 99 Prozent der rund 84 Millionen Einwohner des Irans sind Muslime. Nach Angaben von christlichen Hilfswerken liegt der Anteil der Christen bei 0,7 bis 0,9 Prozent. Auf dem **Weltverfolgungsindex** von Open Doors (Kelkheim bei Frankfurt am Main) für das Jahr 2022 belegt der Iran den 9. Platz unter den Ländern, in denen Christen am stärksten wegen ihres Glaubens verfolgt werden.

— IDEA 14.03.2022

Israel und die Endzeit

Israel-Konferenz: Größte Bedrohung für Israel geht vom Iran aus

Rehe (IDEA) – Die Gesellschaft sollte der Bibel dringend mehr Beachtung schenken. Dazu hat das Vorstandsmitglied des Missionswerks Mitternachtsruf, Nathanael Winkler (Dübendorf bei Zürich), aufgerufen. Auf einer Israel-Konferenz vom 6. bis 10. März in Rehe/Westerwald zum Thema „Israel und die Endzeit“ verwies er zu Begründung auf den Holocaust, die systematische Ermordung von sechs Millionen Juden durch die Nationalsozialisten. Dies sei nicht in islamischen Ländern geschehen, sondern im „christlichen“ Europa. Mitverantwortlich dafür sei gewesen, dass die Aussagen des Wortes Gottes über die Juden und das Volk Israel nicht beachtet worden seien. Denn in der Bibel steht laut Winkler eindeutig: „Israel war, ist und bleibt eine Nation vor Gott.“ Gegenüber der Evangelischen Nachrichtenagentur IDEA wie er ferner darauf hin, dass der Iran aktuell die größte Bedrohung für Israel sei. Er rufe ständig zur Vernichtung Israels auf. In dieser Lage sei es dringend notwendig, dass Christen für Israel und die Juden zu beten. Winkler zog außerdem eine Parallele zwischen Israel und der Lage Russlands. Der Einmarsch Russlands habe dazu geführt, dass Russland schnell weltweit isoliert worden sei: „Russland hat kaum noch Kontakt mit irgendeinem Land.“ Eine ähnliche Gefahr drohe nach der Bibel auch Israel. Das Land werde im Mittelpunkt eines endzeitlichen Konfliktes stehen, in dem es völlig allein stehe.

Biblische Prophetie hat sich erfüllt

Einer der Mitarbeiter des Missionswerks, Fredy Peter, erläuterte, dass die Wiederherstellung des Staates Israel, die 1948 begonnen habe, bereits in der Bibel vorhergesagt sei. So heiße es in Psalm 147,2: „Der Herr baut Jerusalem auf und bringt zusammen die Verstreuten Israels.“ Dies sei nicht nur eine sichtbare Erfüllung biblischer Prophetie, sondern auch ein Grund, Gott zu loben und zu preisen. Die Konferenz mit 90 Teilnehmern fand im Christlichen Gästezentrum Westerwald statt. Dessen Leiter, Horst Kazmarzik (Rehe), sagte IDEA, dass man es den Gästen in ihren Gesichtern habe ablesen können, dass sie sich über das Zusammensein nach zwei Jahren der Corona-Pandemie sehr gefreut hätten. Veranstalter der Israelkonferenz ist neben dem Missionswerk Mitternachtsruf die Christliche Verlagsgesellschaft Dillenburg.

— IDEA 14.03.2022

30 Jahre Gebet haben in der islamischen Welt Segen bewirkt

Die Aktion „30 Tage Gebet für die islamische Welt“ findet zum 30. Mal statt

Bad Blankenburg (IDEA) – Die Evangelische Allianz in Deutschland (Bad Blankenburg) ruft Christen dazu auf, sich an der internationalen Aktion „30 Tage Gebet für die islamische Welt“ zu beteiligen. Sie hat dazu wie in den vergangenen Jahren einen Leitfaden erstellt. Die Aktion findet in diesem Jahr zum 30. Mal statt und zwar vom 2. April bis 1. Mai – parallel zum islamischen Fastenmonat Ramadan. Während dieser Zeit verzichtet ein Großteil der fast zwei Milliarden Muslime in aller Welt zwischen Sonnenaufgang und Sonnenuntergang auf Essen, Trinken, Rauchen und Sex. Der Generalsekretär der Evangelischen Allianz in Deutschland, Reinhardt Schink (Bad Blankenburg/München), schreibt anlässlich des Jubiläums in dem Leitfaden: „Auch nach 30 Jahren ist es unser Anliegen, als Christen für Muslime zu beten. Für solche, die in den Krisengebieten unserer Welt leben und von Bürgerkriegen, Terrorgruppen, Klimaveränderungen und wirtschaftlichem Verfall betroffen sind. Und für solche, die in guten Verhältnissen leben und vieles im Überfluss haben. Für solche, die fest an ihren Glaubensüberzeugungen festhalten und diese vielleicht sogar mit Gewalt verbreiten wollen. Und für solche, die einfach nur friedlich leben wollen oder die ernsthafte Zweifel an den traditionellen Antworten ihrer Religion haben.“ In diesem Jahr werden in dem Leitfaden vorwiegend weniger bekannte islamische Gemeinschaften und Ethnien vorgestellt. Darunter sind die rund 15 Millionen Ismailiten, die eine Sekte innerhalb des schiitischen Islams bilden, und die schätzungsweise 20 Millionen von einem mystischen Islamverständnis geprägten Aleviten in der sunnitisch dominierten Türkei. Zudem wird in dem Leitfaden von positiven Entwicklungen in einzelnen Ländern berichtet. So habe die Zahl der Christen etwa in Saudi-Arabien und Zentralasien seit Beginn der Aktion vor 30 Jahren deutlich zugenommen.

Eine Million Christen beten für Muslime

Die Texte werden laut Angaben der Herausgeber in über 40 Sprachen übersetzt. Es beteiligen sich weltweit rund eine Million Christen an der Gebetsinitiative (www.30tagegebet.de). Bei Facebook und Instagram sind täglich Informationen und Gebetsanliegen erhältlich. Diese Inhalte kann man auch jeden Tag über die App „PrayerMate“ und diejenige von „Deutschland betet“ auf mobilen Endgeräten empfangen. Das **Gebetsheft** steht auf der Internetseite der Allianz zum Herunterladen bereit. Zudem gibt es eine spezielle Ausgabe des Leitfadens für Familien und Kinder. Die Aktion wird neben der deutschen auch von den Evangelischen Allianzen in Österreich und der Schweiz getragen. In Deutschland leben laut Schätzungen zwischen fünf und sechs Millionen Muslime.

— IDEA 14.03.2022